

**Antrag**  
(Alternativantrag)

**der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zu dem Antrag der Fraktion der CDU  
– Drucksache 17/7043 –

**Demokratiebildung in der gesamten Schule stärken – Sozialkundeunterricht ausweiten**

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – sie muss erlernt und kontinuierlich erarbeitet werden. Damit Menschen in unserer Gesellschaft mitwirken, für demokratische Werte eintreten und sich in unserer Gesellschaft einbringen können, müssen sie frühzeitig lernen und erleben, wie demokratische Strukturen und Prozesse funktionieren und wie sie sich daran beteiligen können. Als zentrale Orte der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen spielen Kitas und Schulen dabei eine wichtige Rolle.

Zudem ist dem Schlussbericht der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ zu entnehmen, dass ein früheres Verankern des Sozialkundeunterrichts im Lehrplan empfohlen wird, um das politische Interesse junger Bürgerinnen und Bürger zu wecken und sie für die Herausforderungen sowie Belange einer freiheitlichen Demokratie zu sensibilisieren.

Demokratielernen und -erleben beginnt in Rheinland-Pfalz bereits in den Kindertagesstätten. Schon hier wirken die Kinder bei Entscheidungen mit, beispielsweise bei der Organisation des Zusammenlebens im Kita-Alltag oder bei der Spielplatzgestaltung. Demokratieerziehung ist in den Bildungs- und Erziehungsempfehlungen verankert, in denen der Auftrag und die Ziele der Arbeit aller Kitas in Rheinland-Pfalz dargelegt sind. Um die Bedeutung der Demokratiebildung zu unterstreichen, wurde im Doppelhaushalt 2017/2018 ein eigener Haushaltstitel für Kitas zur „Förderung der Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung“ ausgewiesen.

In der Schule wird Demokratiebildung konsequent fortgeführt. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag für Demokratie ist in der Landesverfassung und im Schulgesetz explizit als Aufgabe für Schule als Gesamtheit formuliert. Sie ist eine Aufgabe aller am Schulleben Beteiligten und kann daher nicht nur einem einzelnen Fach zugewiesen werden. Dabei spielt sowohl der Erwerb von Kenntnissen als auch die Entwicklung von Fähigkeiten und Haltungen eine Rolle. Neben den politischen Prozessen im engeren Sinne geht es um die Gewährleistung der Menschenrechte, um die Erhaltung der Lebensgrundlagen und um die eigene Lebensgestaltung im Spannungsfeld ökonomischer, gesellschaftlicher und privater Interessen. Um die Maßnahmen der Demokratiebildung in Schulen zu stärken, wurde der entsprechende Haushaltsansatz bereits 2017 auf 585 000 Euro pro Jahr erhöht.

Wir messen dem Fach Sozialkunde einen sehr hohen Stellenwert bei, da aktuell ein wachsender Bedarf an politischer Grundbildung festzustellen ist, zumal zahlreiche Studien empirisch belegen, dass die Verfügblichkeit für menschenverachtendes Gedankengut mit dem Grad an politischer Bildung korreliert.

Die ökonomische Bildung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratiebildung und gehört zum Bildungsauftrag aller allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Grundlegende wirtschaftliche Kenntnisse aller Schülerinnen und Schüler sind

notwendig, um das eigenständige Leben gestalten, das demokratische Gemeinwesen kompetent mitgestalten und um den weiteren Bildungs- und Ausbildungsweg qualifiziert verfolgen zu können.

Mit der 2017 umfassend überarbeiteten Richtlinie hat die ökonomische Bildung in Rheinland-Pfalz eine moderne Grundlage, die sie nicht nur in einem Fach ansiedelt, sondern in einer Vielzahl von Fächern mit einer Vielzahl von Zugängen. Sie zeigt nicht nur Ansätze zur fächerübergreifenden Vermittlung theoretischen Grundwissens auf, sondern rückt auch die Fähigkeit in den Mittelpunkt, die sozialen, politischen, technischen, ökologischen und ethischen Dimensionen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen übergreifend mitzudenken. Gerade diese fächerübergreifende Reflexion von wirtschaftlichen Prozessen und deren Auswirkungen leistet einen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler und ist notwendig, um als mündige Demokratinnen und Demokraten wirtschaftliche Prozesse mit ihren gesellschaftlichen Implikationen zu durchdringen und mitzugestalten.

Bestandteil dieses übergreifenden Ansatzes ökonomischer Bildung ist neben der fächerübergreifenden Perspektive auch die jahrgangsübergreifende. So ist die kompetenz- und handlungsorientierte Vermittlung ökonomischer Inhalte nach den Vorgaben der Richtlinie von der Grundschule bis zum Schulabschluss Teil der schulischen Bildung – nicht nur in den Klassenstufen, in denen das Fach Sozialkunde unterrichtet wird, zu dessen Unterrichtsinhalten das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland gleichwohl bereits heute gehört. In der Grundschule beginnt ökonomische Bildung beispielsweise mit der Fragestellung „Wie verwende ich mein Taschengeld?“ und wird danach schrittweise und altersgerecht kontinuierlich erweitert.

Um die Lehrkräfte bei der Umsetzung der ökonomischen Bildung im Unterricht zu unterstützen, stellen das Bildungsministerium und das Pädagogische Landesinstitut Handreichungen und Fortbildungen zur Verfügung. Außerdem steht mit dem Programm „ökonomische Bildung Online“ ein internetgestütztes Qualifizierungsangebot mit Blockseminaren bereit.

Für Schule und Kita ergibt sich daraus, dass die personalen Voraussetzungen für demokratisches Handeln, das heißt Demokratielernen durch Demokratie(er)leben auf der einen und Sach- und Urteilskompetenz durch Fachbildung auf der anderen Seite, zusammen betrachtet werden müssen.

Die zahlreichen in Rheinland-Pfalz initiierten Maßnahmen im Bereich des sozialen Lernens und der Persönlichkeitsentwicklung, im Bereich der Demokratiepädagogik und der historischen, politischen, ökonomischen, globalen und interkulturellen Bildung haben allesamt das Ziel einer umfassenden Bildung für Demokratie. Deshalb müssen sie sich sowohl im schulischen Zusammenleben als auch in den einzelnen Unterrichtsfächern widerspiegeln und können nicht nur isoliert Aufgabe eines einzelnen Fachs sein. So müssen Schülerfirmen, ökonomische und politische Planspiele oder fächerübergreifende ökonomische Bildung ebenso wie Formate, Projekte und Programme wie Klassenrat, Schülerparlament, die Arbeit der Schülerinnen- und Schülervertretung, Streitschlichtung, Argumentationstrainings, Schülerlandtag, Schulbesuchstag 9. November, Demokratietage, fachübergreifendes Unterrichten in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, Gedenkstättenbesuche und internationale Schülerbegegnungen als Beiträge zu dieser gemeinsamen Aufgabe schulischer Demokratiebildung verstanden werden.

Der Landtag begrüßt:

- die bisherige Umsetzung der vielfältigen Maßnahmen und Programme wie Klassenrat, Demokratietage, Schulbesuchstage, Schülerlandtag und viele andere Formate;
- die Ausweitung und intensive Nutzung dieser Programme durch die Schulen;
- die vielfältige Arbeit der Schulen und an Schulen für eine starke Demokratie;
- die Stärkung der ökonomischen Bildung als fächer- und jahrgangsübergreifende gesamtschulische Aufgabe – auch im Kontext der Bildung mündiger Demokratinnen und Demokraten – durch die im vergangenen Jahr umfassend überarbeitete Richtlinie „ökonomische Bildung“;

- die zahlreichen Kooperationen mit außerschulischen Partnern zur Umsetzung von u. a. Schülerfirmen, Wettbewerben und Planspielen;
- die vielfältigen Maßnahmen der außerschulischen Demokratiebildung, u. a. auch in der Jugendstrategie des Landes.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- den erfolgreichen Weg fortzuführen und Bildung für Demokratie, und dabei auch ökonomische Bildung, in der Schule weiterhin über den Sozialkundeunterricht hinaus als Auftrag aller Fächer und der gesamten Schulbildung zu verankern;
- den Ausbau der Demokratiebildung bereits ab den Kindertagesstätten über die Grundschulen bis hin zu weiterführenden Schulen weiter zu fördern und die demokratischen Mitbestimmungsrechte in der Schulgesetznovelle auszubauen;
- vor diesem Hintergrund ein Gesamtkonzept zur Ausweitung des Sozialkundeunterrichts über alle Schularten hinweg voranzutreiben. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ sollen hierbei ebenso berücksichtigt werden wie die Anforderungen zur Verankerung der ökonomischen Bildung über alle Fächer hinweg;
- in der Fort- und Weiterbildung von Schulleitungsmitgliedern und Lehrkräften und der Kommunikation (z. B. Dienstbesprechungen, Konferenzen) Demokratiekompetenz als übergeordnetes Leitziel zu forcieren;
- die Unterstützungsangebote für Lehrkräfte weiterhin auszubauen und beispielsweise Handreichungen sowie Fort- und Weiterbildungen zur Umsetzung der ökonomischen Bildung für alle Fächer und für alle Schularten zu entwickeln;
- die vielfältigen Projekte zur praxisnahen Vermittlung von ökonomischen Kenntnissen weiterhin zu stärken und auszubauen.

Für die Fraktion der SPD:      Für die Fraktion der FDP:  
Martin Haller                      Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Pia Schellhammer

